

Fälle zum Europarecht

Sydow

2022

ISBN 978-3-406-79528-2

C.H.BECK

Juristische Fall-Lösungen

Sydow

Fälle zum Europarecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Fälle zum Europarecht

von

Dr. Gernot Sydow, M.A.

Professor an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

2022


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Sydow, Fälle zum EuropaR



www.beck.de

ISBN 9783406795282

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen (Adresse wie Verlag)

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Die zwölf Übungsfälle dieser Fallsammlung aus dem Europarecht decken thematisch alle Bereiche ab, die im Jurastudium Gegenstand europarechtlicher Klausuren werden können: die Rechtsquellen der Europäischen Union, die europäischen Grundfreiheiten und Grundrechte, die Kompetenzen, Organe und Handlungsformen der Europäischen Union sowie die zentralen Klagearten des EU-Prozessrechts. Einen gewissen Schwerpunkt bildet das Organisationsverfassungsrecht der Europäischen Union. Mehrere Fälle demonstrieren zudem, wie in einer Klausur Fragestellungen aus dem nationalen Verfassungs- und Verwaltungsrecht mit unionsrechtlichen Themen verbunden sein können.

Das Anspruchsniveau der zwölf Fälle steigt bis hin zu Fällen auf Staatsexamensniveau. Bei ihnen handelt es sich um Original-Examenklausuren, die ich in den letzten Jahren regelmäßig für das 1. Staatsexamen konzipiert habe. Den Fällen liegen überwiegend aktuelle Entscheidungen des Europäischen Gerichts (EuG) oder des Gerichtshofs (EuGH) zu Grunde, darunter mehrere Entscheidungen aus den Jahren 2021 (Fälle 4 und 7) bzw. 2022 (Fall 6).

Diese Fallsammlung ergänzt die beiden ebenfalls bei C.H. Beck publizierten Lehrbücher *Sydow/Wittreck*, Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht I – Prinzipien, Institutionen, Verfahren, 3. Aufl. 2022, und *Petersen*, Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht II – Grundrechte und Grundfreiheiten, 2. Aufl. 2022. Diese Lehrbücher beruhen auf dem Konzept einer integrierten Darstellung von deutschem und europäischem Recht. Dem Europarecht auf diese Weise ab dem ersten Studiensemester einen zentralen Stellenwert einzuräumen, ist an der Universität Münster mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden. Das entspricht der realen Bedeutung des Europarechts und bietet für Studierende große Vorteile: nämlich eine frühe Vertrautheit mit dessen Strukturen, so dass das Europarecht nicht erst in höheren Semestern vor der Folie des deutschen Rechts wahrgenommen wird und dann schnell als ungewohnt, anders und sperrig erscheint. Man kann die Fallsammlung aber selbstverständlich auch in Verbindung mit anderen Lehrbüchern mit Gewinn nutzen, beispielsweise als Ergänzung zu *Oppermann/Classen/Nettesheim*, Europarecht, 9. Aufl. 2021.

Bei der Erstellung dieser Fallsammlung haben mich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Lehrstuhls intensiv unterstützt und dabei jeweils auch die Perspektiven von Studierenden und Leiterinnen und Leitern von Arbeitsgemeinschaften eingebracht. Mein Dank dafür gilt Fiene Kohn, Nicholas Otto, Lena Westphal, Philipp Ziemons und insbesondere Maike Herrlein.

Das Manuskript zu dieser Fallsammlung wurde am Gedenktag des Hl. Benedikt von Nursia abgeschlossen, den Papst Paul VI. mit dem Apostolischen Schreiben *Pacis nuntius* (Friedensbote) zum Schutzpatron Europas erklärt hat.

Münster, am 11. Juli 2022

Gernot Sydow

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Einführung

I. Praktische Bedeutung und Klausurrelevanz europarechtlicher Fälle ...	1
II. Europarechtliche Fallkonstellationen	2
1. Überblick über den europarechtlichen Prüfungsstoff	2
2. Fälle mit spezifisch europarechtlichen Fragen und Fallkonstellationen	3
a) Organisationsrecht der Europäischen Union	3
b) Grundfreiheiten	3
c) Europäische Grundrechte	4
3. Fälle im Schnittpunkt von Unionsrecht und deutschem Recht	5
a) Explizite Thematisierung des Verhältnisses von Unionsrecht und nationalem Recht	5
b) Europarechtliche Fragestellungen in Fällen mit Ausgangspunkt oder Schwerpunkt im deutschen Recht	6
III. Europarecht in der Fallbearbeitung: Umgang mit den Normen des Unionsrechts	6
1. Auslegung unionsrechtlicher Normen: Grundsatzüberlegungen	6
a) Klassische Auslegungsmethoden	6
b) Rechtsordnungsspezifische Gebundenheit juristischer Methoden	7
c) Eigenständigkeit der unionsrechtlichen Methode	8
2. Folgen: klausurrelevante Unterschiede zum deutschen Recht	9
a) Grundregel: Normbezug der Klausurlösung und Wortlautauslegung der jeweils geprüften Norm	9
b) Autonome Auslegung des Unionsrechts: keine unreflektierte Übertragung deutscher Begriffsverständnisse	10
c) Umgang mit den verschiedenen Sprachfassungen des Unionsrechts	13
d) Heranziehung von Erwägungsgründen	14
3. Zitierweise unionsrechtlicher Normen	15
IV. Grundlegendes zum EU-Prozessrecht und zur Gerichtsbarkeit der Union	16
1. Prozessualer Fallaufbau: Zulässigkeits- und Begründetheitsprüfung ...	16
2. Der Gerichtshof der Europäischen Union	17
a) Struktur des Gerichtshofs	17
b) Fehlen einer spezialisierten Verfassungsgerichtsbarkeit	18
3. Wesentliche Verfahrensarten mit Prüfschemata	19
a) Nichtigkeitsklage	19
b) Untätigkeitsklage	21
c) Vorabentscheidungsverfahren	21
d) Vertragsverletzungsverfahren	23
4. Entscheidungen des Gerichtshofs	24
a) Bestandteile und Aufbau der Entscheidungen	24
b) Begründungsstil	25
c) Zitierweise für Entscheidungen der europäischen Gerichte	26

V. Tipps für eine gelungene Klausur: Subsumtionstechnik und norm- bezogene Argumentation	28
1. Grundstruktur der juristischen Subsumtion	28
2. Bildung eines zielführenden Obersatzes	29
3. Typische Fehler im Rahmen der Subsumtion	30
4. Übungsbeispiel zur Auslegung und Subsumtion unter eine unions- rechtliche Norm	30
a) Sachverhaltsreferat statt Subsumtion	31
b) Paraphrasierung von Rechtsansichten statt Subsumtion	31
c) Paraphrasierung des Normtextes statt Subsumtion	33
d) Lehrbuchkapitel statt Subsumtion	33
e) Gelungene Subsumtion nach Obersatzbildung und Norm- auslegung	34

Teil B. Fälle und Lösungen

I. Fälle für das Grundstudium

Fall 1. Bildung technischer Fraktionen im Europäischen Parlament Themenfeld: Organisationsverfassungsrecht der EU – Prozessrecht: Nichtigkeitsklage (in der Konstellation eines Organstreits) – Mate- rielles Recht: Parlamentsrecht (Bildung und Funktion von Fraktio- nen, Rechte und Gleichheit der Abgeordneten, Geschäftsordnung des Parlaments), Vereinigungsfreiheit (Art. 11 EMRK, Art. 12 GRCh), Anwendbarkeit der europäischen Grundrechte in Organ- streitigkeiten	37
Fall 2. Tagungsort des Europäischen Parlaments Themenfeld: Organisationsverfassungsrecht der EU – Prozessrecht: Nichtigkeitsklage (gegen einen Haushaltsbeschluss des Europäi- schen Parlaments) – Materielles Recht: Sitz der EU-Organe, Proto- kolle als Bestandteil der EU-Verträge, praktische Konkordanz	44
Fall 3. Nahrungsergänzungsmittel Themenfeld: Grundfreiheiten – Prozessrecht: Vorabentscheidungs- verfahren – Materielles Recht: Warenverkehrsfreiheit, Beschränkun- gen der Warenverkehrsfreiheit, Rechtfertigungsanforderungen	54

II. Fälle für mittlere Semester

Fall 4. Europäische Bürgerinitiative Themenfeld: Organisationsverfassungsrecht der EU – Prozessrecht: Nichtigkeitsklage (in der Konstellation einer Versagungsgegenkla- ge) – Verfahrensrecht und materielles Recht: Handlungsform des Beschlusses, Begründungspflicht für Rechtsakte, Recht auf gute Ver- waltung, Voraussetzungen für die Durchführung einer europäischen Bürgerinitiative	61
---	----

Fall 5. Zugang zu Dokumenten über Trilogverhandlungen	
Themenfeld: Organisationsverfassungsrecht der EU – Prozessrecht: Nichtigkeitsklage (in der Konstellation einer Versagungsgegenklage), Klagezulässigkeit trotz Erledigung – Verfahrensrecht und materielles Recht: Gesetzgebungsverfahren der EU, Trilog, Dokumentenzugang, Transparenz und Öffentlichkeit, Einschränkungbarkeit durch kollidierendes Verfassungsrecht (Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Verfahrens)	72
Fall 6. Kürzung von Haushaltsmitteln	
Themenfeld: Organisationsverfassungsrecht der EU – Prozessrecht: Nichtigkeitsklage (gegen eine EU-Verordnung) – Verfahrensrecht und materielles Recht: EU-Gesetzgebungskompetenzen (Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung), Sanktionsverfahren nach Art. 7 EUV, Rechtsstaatlichkeitsanforderungen, allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts (Rechtssicherheit, Normenklarheit), Haushaltsrecht der EU	81
Fall 7. Strafverfolgungsimmunität für EZB-Ratsmitglied	
Themenfeld: Organisationsverfassungsrecht der EU – Prozessrecht: Vorabentscheidungsverfahren – Materielles Recht: Stellung und Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen, Strafverfolgungsimmunität für Handeln des Präsidenten einer nationalen Zentralbank als Organmitglied der EZB, Status als Beamter oder Bediensteter der EU	90
III. Examensfälle	
Fall 8. Umsiedlungsbeschluss	
Themenfeld: Organisationsverfassungsrecht der EU – Prozessrecht: Nichtigkeitsklage (gegen einen Ratsbeschluss) – Materielles Recht: Kompetenztitel für EU-Gesetzgebung, Abgrenzung zwischen Gesetzgebungsakten und anderen Rechtsakten der EU, Prinzip des institutionellen Gleichgewichts zwischen den Organen, Funktionen und Kompetenzen des Europäischen Rates, Öffentlichkeit von Ratsitzungen, Verfahrensgebote (Anhörungserfordernis), Vertrauensschutz, Verhältnismäßigkeitsprinzip, Gebot der Rechtssicherheit, Gebot der Normenklarheit	99
Fall 9. Unabhängigkeitsregime	
Themenfeld: Organisationsverfassungsrecht der EU, Bezüge zum deutschen Verwaltungsorganisationsrecht – Prozessrecht: Nichtigkeitsklage (gegen eine EU-Richtlinie) – Materielles Recht: EU-Kompetenzen für Normierungen über den Verwaltungsvollzug, Kompetenztitel für den Binnenmarkt (Art. 114 Abs. 1 S. 2 AEUV), indirekter Vollzug des Unionsrechts, Organisationsautonomie der Mitgliedstaaten, Trilog im EU-Gesetzgebungsverfahren, Anwendungsvorrang des Unionsrechts gegenüber nationalem Verfassungsrecht, mitgliedstaatliche Verwaltungsstrukturen, Legitimationsstrukturen und Weisungsabhängigkeit der deutschen Verwaltung als	

Folge des Demokratieprinzips, Bundesoberbehörde nach Art. 87 Abs. 3 GG	113
Fall 10. Punzierung	
Themenfeld: Grundfreiheiten, Bezüge zum deutschen Verfassungsrecht – Prozessrecht: Vertragsverletzungsverfahren (in Bezug auf eine nationale Verwaltungspraxis) – Materielles Recht: Warenverkehrsfreiheit, Maßnahmen gleicher Wirkung nach Art. 34, 35 AEUV, Rechtfertigung von Beschränkungen nach Art. 36 AEUV, Leistungsansprüche aus Grundrechten und Grundfreiheiten, Kompetenzen und Organzuständigkeiten für die EU-Gesetzgebung, Gesetzgebungskompetenzen und -verfahren unter dem Grundgesetz, Verwaltungskompetenzen unter dem Grundgesetz, Bundesoberbehörden nach Art. 87 Abs. 3 GG	131
Fall 11. Preisdiskriminierung	
Themenfeld: Grundfreiheiten in einem Fall zum deutschen Verfassungs- und Verwaltungsrecht – Prozessrecht: Verfassungsbeschwerde zum BVerfG, Vorlagepflicht an den EuGH, Verletzung der Vorlagepflicht als Entzug des gesetzlichen Richters – Materielles Recht: Bindung öffentlich beherrschter Unternehmen an Grundrechte und Grundfreiheiten, Gleichbehandlungsgebot (Art. 3 Abs. 1 GG), Dienstleistungsfreiheit (als Diskriminierungsverbot, Art. 56 AEUV), Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen und Beeinträchtigungen der Dienstleistungsfreiheit	147
Fall 12. Wildtierzirkus	
Themenfeld: Grundfreiheiten und Grundrechte in einem Fall zum deutschen Verwaltungsrecht – Materielles Recht: Grundrechtsberechtigung von Unionsbürgern unter dem Grundgesetz (Deutschengrundrechte, Art. 19 Abs. 3 GG), Dienstleistungsfreiheit (als Beschränkungs- und als Diskriminierungsverbot), Berufsfreiheit, Kunstfreiheit, Gleichbehandlungsgebot, Zugangsanspruch zu öffentlicher Einrichtung, Widmung und Entwidmung, verwaltungsrechtliche Handlungsformen	159
Sachverzeichnis	179